

„Sozial-ökologischer Umbau“ als sozialistische Tagesaufgabe¹

Dass in der Partei DIE LINKE. (erneut) zum sozial-ökologischen Umbau diskutiert wird, geht wesentlich auf „Plan B“² zurück. Dafür verdient die Projektgruppe der Bundestagsfraktion großen Dank. Ihre „Einladung zur Debatte“ wird von den Autoren der RLS-Broschüre „Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation“³ selbstverständlich angenommen. Dass sie dabei allerdings auch solidarisch Kritik üben, wird nicht überraschen, erst recht nicht ihre Leser/innen: in der RLS-Publikation wird ein anderer konzeptioneller Ansatz verfolgt.

Der Beitrag stellt diesen vor. Er drängt darauf, über gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse und die Bedingungen dafür zu diskutieren, dass soziale und ökologische Zerstörung gestoppt, strukturell rückgedrängt und letztendlich überwunden wird; dass dabei Konstruktives entsteht und nachhaltig wächst. Das ist vor allem eine Frage nach den verändernden Akteuren.

Zielgerichtete Arbeit dafür, dass die veränderungswilligen und veränderungsfähigen Akteure mehr und wirksamer werden, aus der gesellschaftspolitischen Defensive der Linken ausbrechen, sozialökologischen Umbau/sozialökologische Transformation einleiten und vorantreiben, wird hier „Sozialistische Tagesaufgabe“ genannt. „Sozialistische Tagesaufgabe“ meint weiter, dass die Linken, darunter die Mitglieder und Organisationen der Partei DIE LINKE. besondere Identitäten leben – sich konsequent mit den Verursachern und Ursachen von gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandersetzen, in denen die einen über die anderen bestimmen; über ihre Existenz und Möglichkeiten, selbstbestimmt in Würde und intakter Natur leben zu können. Das heißt, als Linke und linke Organisation, als Parteimitglied und Parteikollektiv unentwegt Handlungsmöglichkeiten suchen, aufspüren und nutzen, um in der Auseinandersetzung mit konkreten sozialen, ökologischen und globalen Problemen deren Hauptverursachern Macht abzurufen: Menschen zu aktivieren und zu organisieren, zerstörerische Projekte zu verhindern, von den Herrschenden Zugeständnisse zu erzwingen, ihnen Grenzen zu setzen, Eigenes zu schaffen.

Das ist Politik, die darauf zielt, jene Kräfte zu stärken, die auf demokratische und

¹ Der Titel nimmt Bezug auf die Broschüre von M. Brie, M. Chrapa, D. Klein „Sozialismus als Tagesaufgabe“, 2002 bei der RLS erschienen.

² DIE LINKE. im Bundestag(2012): Plan B, Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau. Ein Denkanstoß und eine Einladung zur Debatte, Berlin.

³ Brangsch, Lutz; Dellheim, Judith; Spangenberg Joachim H., Wolf, Frieder Otto (2012): Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, RLS, Berlin

solidarische, nachhaltige und gerechte Problemlösungen hinwirken; die immer zuerst die soziale Lage der Bedürftigsten heben wollen, ihre Rechte verteidigen und ausbauen oder erst erkämpfen.

Das gilt erst recht angesichts anhaltender bzw. fortschreitender Finanz- und Wirtschaftskrisen, bei massenhafter globaler Armut, sozialer Ausgrenzung und Gewalt gegen Menschen, bei drastischer Verschmutzung der Luft, des Wassers und der Böden, bei rasant schwindender biologischer Vielfalt und zunehmender Verknappung von Naturressourcen.

„Sozialökologischer Umbau, sozialökologische Transformation,“

Als „sozial-ökologischer Umbau“ in die Diskussion und Dokumente der Partei des Demokratischen Sozialismus einging, wurde zum einen an inhaltliche Konzepte und Projekte angeknüpft, die bereits in der linken SPD, bei den GRÜNEN, in Teilen der Gewerkschaften und insbesondere in sozialen Bewegungen der alten Bundesrepublik, aber auch in den Bürgerbewegungen der DDR, am Runden Tisch, in der SED-PDS und Anfangs-PDS vorlagen. Vor allem sollten ihre Initiatorinnen und Initiatoren, ihre Anhängerinnen und Anhänger zur Kooperation gewonnen werden. Zum anderen wurde linke Kritik an den GRÜNEN geübt, die beim Fokussieren auf ökologische Fragen zunehmend soziale Probleme und gesellschaftspolitische Machtverhältnisse marginalisierten. „Sozial-ökologischer Umbau“ wurde resümierend als Umbau der gesellschaftlichen Reproduktion erklärt, um zugleich soziale und ökologische Probleme lösend menschliche Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern. Da die Lebensbedingungen der Menschen immer aus ihren Stoffwechselprozessen mit der Natur in den sozialen Verhältnissen untereinander hervorgehen und weil die ökologischen Schäden für globale Bevölkerungsmehrheiten existenzbedrohend sind, wurde die soziale Frage als zugleich ökologische bzw. als sozial-ökologische erklärt.

Die mit der PDS und ihren Partner/innen gesammelten Erfahrungen und geleisteten Arbeiten, vielfältige gesellschaftliche Aktivitäten für solidarische und gerechte Problemlösungen reflektierend wurde unter dem Dach der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Idee der sozialökologischer Transformation konkretisiert und fortgeschrieben: Um ein selbstbestimmtes Leben in Würde, solidarischem Miteinander und intakter Natur streitende Frauen und Männer, Mitglieder von Zusammenschlüssen bzw. Einrichtungen, ihre Organisationen, Institutionen und Bündnisse betten die Gesellschaften schrittweise so in die Biosphäre ein, dass die

Einzelnen individuell frei, sozial gleich, einander solidarisch und ökologisch vernünftig werden. Sie wälzen die gesamten Produktions-, Konsumtions- und Gesellschaftsstrukturen, ihre Produktions- und Lebensweisen um, überwinden soziale Ungleichheit, Geschlechterhierarchien, strukturelle Gewalt gegen Menschen und Natur.

Dieses Verständnis geht über einen „sozial-ökologischen Umbau, der sich an der umfassenden Demokratisierung und einem gestaltenden Staat, der die Rahmenbedingungen im Interesse von Nachhaltigkeit setzt, [orientiert]“ (DIE LINKE: 3) hinaus.

Allerdings wird „umfassende Demokratisierung“ als elementare Bedingung dafür angesehen, dass der angestrebte Umbau/die Transformation überhaupt beginnen kann. Demokratisierung ist auch die Voraussetzung dafür, dass staatliches Handeln für den Umbau wirksam wird. Schließlich reichen individuelles Engagement und politischer Druck „von unten“ nicht aus, um einen derart grandiosen Umbau- und Transformationsprozess zu realisieren. Aber ohne sie wird sich nichts bewegen. Das Ringen um sie ist sozialistische Tagesaufgabe, das Ringen um den Beginn und um Fortschritte sozialökologischen Umbaus ebenso. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit und um staatliche Akteure und Institutionen.

Konkreter ...

Wir gehen zum einen davon aus, dass zahlreiche Bürger/innen in Deutschland und in der EU die Krisen als Beweise dafür sehen, „dass es nicht so weiter gehen kann“; dass sie mehrheitlich selbstbestimmt in Würde, solidarisch miteinander in intakter Natur leben wollen und sich wünschen, dass das weltweit jede/r kann. Sie sind u. E. zu großen Teilen bereit, sich politisch zu engagieren, wenn sie sich angegriffen und/oder die Chance sehen, der Erfüllung ihres Wunsches näher zu kommen. Wir gehen des Weiteren davon aus, dass der Alltag der Bürger/innen vielfältige Ansatzpunkte für die Auseinandersetzung mit den Herrschenden, insbesondere mit den Führenden in jenen Wirtschaftsbereichen bietet, die für soziale und ökologische Zerstörung prioritär sind: Die wechselseitig einander durchdringende Energie-, Transport- und Landwirtschaft/der Agrobusiness, der militärisch-industrielle Komplex (MIK)/der Sicherheitsbereich, die Finanzindustrie und der High Tech Bereich. Sie sind die Stützpfeiler der herrschenden

Produktions- und Konsumtionsstrukturen, der Produktions- und Lebensweisen, mit denen Kapitaloligarchien⁴ untrennbar verquickt sind.

Wegen ihrer Gestalt und Funktionsweise sind die genannten Wirtschaftsbereiche von Megaaufträgen und –projekten, damit von staatlicher Finanzpolitik und Gesetzgebung abhängig – von den Führenden „in der Politik“, „in der Ideologie“, „in den Medien“. Sie alle organisieren den Konsens mit großen Bevölkerungsteilen – wesentlich über Einkommen, Finanzmärkte, die Produktions- und Konsumtionsstrukturen wie über durch sie ermöglichte Lebensstile.

Wir haben in den Widersprüchen der Produktivkraftentwicklung, in Interessenwidersprüchen und vor allem im Verhalten/Handeln von Menschen, die herrschende Zustände kritisieren bzw. sich mit diesen auseinandersetzen, Ansätze für politische Strategien gesucht. Insbesondere drei Widersprüche sind dafür relevant: a) Die kapitalistische Produktionsweise erfordert die Kooperation von Menschen. Die Kooperierenden können sich gegen die Zwänge, Detailarbeiter/in, sozial und ökologisch zerstörerisch zu sein, wehren. B) Neue Technologien und Finanzialisierung⁵ eröffnen nicht nur neue Felder für die Kapitalakkumulation, sondern auch neue Möglichkeiten individueller Unabhängigkeit. Sie bieten nicht nur Kapitaleliten neue Chancen, ihre Macht zu erweitern, sondern auch ihren Gegnern. C) Menschen in unterschiedlicher sozialer Situation sind an ihrer sozialen Sicherheit und daher an vernünftiger Arbeit und gutem Einkommen, an intakter Natur, an einem friedlichen Alltag und an einer lebenswerten Zukunft für ihre Kinder interessiert. Sie sehen sich durch Konkurrenz, Naturzerstörung, soziale Spaltungen und Gewalt bedroht. Sie können sich weigern, ein „weiter so“ hinzunehmen. Verwaltende wirken im Allgemeinen auf eine gewisse Interessenübereinstimmung sozial und politisch heterogener Kräfte hin, zumal in globaler Konkurrenz „Qualität des Humankapitals“ und Standorte mit „guten“ Luft-, Wasser- und Bodenwerten Erfolgsbedingungen sind. Da „es nur diese eine Welt“ gibt, kommt es zu Interessenkämpfen unter den Kapitalfraktionen.

⁴ Der Begriff steht für Netzwerke von Kapitaleliten, die mit ihrer sozialen Machtstellung über die Möglichkeit verfügen, sich über verschiedene soziale Gruppen hinweg – insbesondere mittels der Finanzmärkte – gesellschaftliche Ressourcen anzueignen.

⁵ Durchdringung wirtschaftlicher Prozesse und sozialer Bereiche von Finanzmarktoperationen

Die Linken können diese Widersprüche nutzen, wenn sie Solidarität stiften, problembezogen Menschen bzw. kollektive Akteure organisieren und gemeinsam konkrete Veränderungen anstreben, die den Herrschenden Macht abringen. So ist es sozialistische Tagesaufgabe, dahin zu gehen, wo Menschen hier und heute solidarischer, sozial und ökologisch verantwortungsvoller, vernünftiger als der Mainstream handeln. Das betrifft gesellschaftliche Aktivitäten in vielen Richtungen. Die Herausforderung besteht darin, gegen die Ursachen und Hauptverursacher sozialer und ökologischer Zerstörung opponierende Akteure bzw. ihre Aktionen miteinander zu vernetzen und auf gemeinsame Ziele in den Auseinandersetzungen mit struktureller Unterdrückung, mit Gewalt gegen Menschen und Natur zu fokussieren. Das geschieht insbesondere über drei zusammengehörende strategische Handlungsfelder: a) das Ringen um Standards – um demokratische (z. B. Volksentscheid auf der Bundes- und EU-Ebene), soziale, insbesondere armutsfeste (z. B. Mindesteinkommen, Mindestlöhne), und um ökologische Standards (z.B. Grenzen für den Schadstoffausstoß, die Versiegelung von Flächen); b) die Demokratisierung des Öffentlichen/der politischen Entscheidungsprozesse, insbesondere zu den öffentlichen Finanzen (Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte); c) aktive Lokal- und Regionalentwicklung, wo starke gesellschaftsverändernde Bündnisse ihren Ausgangspunkt bzw. ihre Verankerung haben. Insbesondere in der Kommune und Region beginnen die konkreten Kämpfe mit den Führenden in den genannten sechs wichtigsten zerstörerischen Wirtschaftsbereichen. Vor Ort und in der Region wird am intensivsten an alternativen Lösungen für besondere Alltagsprobleme (z. B. Mobilität) gearbeitet.

Und immer sollten die aktive Solidarität mit dem sozial und global Ärmsten, die Aktivierung von Menschen/die Organisation von Akteuren, die europäische und globale Vernetzung und partizipative Prozesse besonders interessieren.

Für derartige sozialistische Tagesaufgaben wird nicht erst zuletzt eine links-emanzipative Partei mit parlamentarischen und verwaltungsrechtlichen Handlungsmöglichkeiten auf den verschiedenen Ebenen gebraucht. Für diese Partei gehört kontinuierliche programmatische, konzeptionelle und strategische Arbeit am sozialökologischen Umbau, an sozialökologischer Transformation zum normalen Alltag.

Judith Dellheim